



AMTSBLATT

des

k. u. k. Kreiskommandos in Piotrków.

2. Jahrgang. III. Stück. — Ausgegeben und versendet am 31. März 1916.

Inhalt: (14—25). 14.—Herausgabe von Kriegsgut. 15.—Telegrammbestellgebühren. 16.—Anmeldung von Bergbauberechtigungen. 17.—Einführung des Tabakmonopoles. 18.—Kriegsausstellung in Wien. 19.—Regelung des Personenverkehrs zwischen dem österreich-ungarischen und dem deutschen Okkupationsgebiete. 20.—Regelung des Brot- und Mehlverbrauches. 21.—Strafverfügung. 22.—Verfolgung der boshaften Beschädigung oder Diebstahles an Befestigungsanlagen. 23.—Verbot der Erzeugung bestimmter Ledersorten, sowie des Zerschneidens halbfertigen und fertigen Leders vor dessen Freigabe durch die Lederübernahmsstelle. 24.—Maßnahmen gegen feindselige Haltung der Bevölkerung. 25.—Falsche Fünfrubelnoten im Okkupationsgebiete.

Beilage: Steckbriefe und Ausforschungen.

14.

Herausgabe von Kriegsgut.

Q. Op. Nr. 13686.

In der Zeit der Operationen und der feindlichen Invasion wurde Kriegsgut und sonstiges Staats- und Privateigentum teils entwendet, teils unterschlagen oder als Fund verheimlicht, wodurch Diebstahl, Veruntreuung oder Betrug begangen wurde.

In der Annahme, daß viele der Täter sich nur durch die ihnen aufgestossene Gelegenheit zu der Aneignung des fremden Gutes haben verleiten lassen, werden alle, welche hierdurch der Militärverwaltung oder Privatpersonen Schaden zugefügt haben, aufgefordert, das in ihrem Besitze befindliche fremde Gut, welcher Art immer, freiwillig herauszugeben und aufmerksam gemacht, daß die freiwillige Herausgabe des fremden Gutes unter allen Umständen einen Milderungsgrund bilden wird und daß bei Diebstahl und Veruntreuung die auf diese Art vor geschעהener Anzeige bewirkte Gutmachung des ganzen Schadens den Täter sogar straflos macht.

Kriegsgut oder sonstiges Staatseigentum ist bei den k. und k. Kreiskommandos oder bei der Gendarmerie zu hinterlegen. Gegenstände des Privateigentums sind dem Eigentümer zurückzustellen, wenn der Eigentümer aber unbekannt oder abwesend wäre, beim Militärgerichte zu hinterlegen.

Vom k. und k. Armeeoberkommando. 17. Feber 1916.



15.

Telegrammbestellgebühren.

Gemäß § 23 der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 24. Februar 1916 hat das k. und k. Armeeeoberkommando mit Erlaß Tel. Nr. 18227 vom 29. März 1916 verfügt, daß ab 10. April laufenden Jahres für die Zustellung eines Privattelegrammes vom Standorte des Telegraphenamtes

bei Tag 10 Heller

bei Nacht 20 Heller

eingehoben werden.

Als Nachtzeit gilt die Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr früh.

16.

Anmeldung von Bergbauberechtigungen.

Im Verordnungsblatt der k. und k. Militärverwaltung in Polen ist eine Verordnung des Armeeeoberkommandos vom 21/II 1916 betreffend die Anmeldung von Bergbauberechtigungen und die Sicherung von Bergbauabgaben kundgemacht worden.

Es wird auf das Erscheinen dieser Verordnung mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, daß alle an das Militärbergamt in Dąbrowa gerichteten Fundanzeigen und Gesuche um Verleihung von Bergbauberechtigungen bis auf weiteres unbeantwortet bleiben werden.

17.

Einführung des Tabakmonopoles.

Zufolge Verordnung des k. und k. Armeeeoberkommandos wurde durch das k. und k. Militärgeneralgouvernement mit Nr. 13640/16 ab 15. März 1916 im österreich-ungarischen Okkupationsgebiete Polens das Tabakmonopol eingeführt.

Dies wird mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß das ganze österreich-ungarische Okkupationsgebiet Polens nur im Wege der aufgestellten ärarischen Tabakverschleißmagazine mit Tabakfabrikaten versorgt wird.

Andere als die von der Verwaltung des Tabakmonopols zum Verschleisse zugelassenen Fabrikate dürfen hierlands anderweitig weder eingeführt noch verkauft werden.

Nachdem bei manchen Zigaretten und Zigarettentabaksorten Preiserhöhungen bei den Zigarren und insbesondere bei den gangbaren Sorten derselben dagegen Preisermässigungen eintreten werden, wird den Tabakverschleissern eine Frist bis Ende April 1916 zum Ausverkauf der erwähnten Tabakfabrikate gewährt.

Am 1. Mai 1916 sind die etwaigen Vorräte an Tabakfabrikaten, bei welchen Preiserhöhungen eingetreten, dem k. u. k. Kreiskommando mittels eines unterfertigten Detailausweises anzumelden.

Es wird bemerkt, daß hinsichtlich jener Vorräte von Tabakfabrikaten, deren Verkaufspreise künftighin herabgesetzt werden, grundsätzlich keine Entschädigungspflicht besteht.

18.

Kriegsausstellung in Wien.

Bei der anfang Mai laufenden Jahres in Wien zur Eröffnung gelangenden Kriegsausstellung wird das Militärgeneralgouvernement in einem eigenen Pavillon vertreten sein. Die Ausstellung ist für alle Objekte offen, die mit dem gegenwärtigen Kriege und mit der Verwaltung in irgend einem Zusammenhange stehen, aber auch für alle sonstigen, die für den Beschauer zum Kennenlernen von Land und Leuten interessant sein können.

Die Anmeldung von Ausstellungsobjekten muß sogleich beim Kreiskommando erfolgen und hat zu enthalten: Name und Adresse des Ausstellers, Bezeichnung des Ausstellungsobjektes und des erforderlichen Raumes. Die Entscheidung über die Zulassung, Heranziehung etc. des angemeldeten Objektes geschieht dann zu einem späteren Zeitpunkte.

Das Kreiskommando wird auch Anregungen, Anträge zur Sache entgegennehmen.

19.

Regelung des Personenverkehrs zwischen dem österreich-ungarischen und dem deutschen Okkupationsgebiete.

Im Einvernehmen mit dem Kaiserlich deutschen Generalgouvernement Warschau wurden vorbehaltlich späterer Vereinbarungen über die Erleichterung des Personenverkehrs innerhalb ganz Polens vorläufig die beiderseitigen Anforderungen für den Grenzübertritt zwischen dem k. u. k. Militärgeneralgouvernement Lublin und dem Kaiserlich deutschen Generalgouvernement Warschau folgendermassen festgestellt:

I.

Reisen aus dem österreich-ungarischen nach dem Kaiserlich deutschen Okkupationsgebiete.

Für Reisen in das deutsche Okkupationsgebiet wird gefordert:

- 1) der Reisepaß,
- 2) der besondere Ausweis.

ad 1) Die von den k. und k. österreich-ungarischen Kommandos gemäß der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 25. August 1915, Nr. 35 V. Bl., ausgestellten Reisepässe werden vom Kaiserlich deutschen Generalgouvernement als zureichend anerkannt.

ad 2) Der besondere Ausweis wird ausgestellt von der Paßzentrale des Generalgouvernements Warschau.

Zu diesem Zwecke ist der Reisepaß unter genauer Angabe des Zweckes und der Dauer der Reise an den dem Generalgouvernement Warschau zugeteilten Vertreter des österreich-ungarischen Armeeeoberkommandos zu senden. Der Reisepaß wird sodann an die übersendende Stelle unmittelbar von der Kaiserlich deutschen Paßzentrale oder durch den Vertreter des Armeeeoberkommandos zurückgeschickt, im Falle der Genehmigung der Reise wird der besondere Ausweis behufs Ausfolgung an den Bewerber angeschlossen.

II.

Reisen aus dem Kaiserlich deutschen nach dem österreich-ungarischen Okkupationsgebiete.

Für Reisen in das österreich-ungarische Okkupationsgebiet wird gefordert:

- 1) Der Reisepaß,
- 2) das Visum des Reisepasses.

ad 1) Die von den Kaiserlich deutschen Kommandos oder Behörden gemäß den derzeit geltenden Vorschriften ausgestellten Reisepässe (Kaiserlich deutsche Verordnung vom 16. Dezember 1914, Nr. 4577 und Verordnung des Generalgouvernements Warschau vom 10. September 1915, Abteilung II b. Nr. 3188) entsprechenden Anforderungen der Verordnung des Armeeeoberkommandanten vom 25. August 1915, Nr. V. Bl. und werden als zureichend anerkannt.

ad 2) Das Visum wird ausgestellt vom A.O.K. selbst, oder einer seiner Paßvidierungsstellen in Szczakowa, Krakau, Rozwadow oder Lemberg oder von dem dem Generalgouvernement Warschau zugeteilten Vertreter des A.O.K. oder vom k. u. k. Kriegsministerium. Zur Erwirkung des Visums ist der Reisepaß an eine der bezeichneten Stellen zu senden. Hierbei ist neben den im Reisepasse ohnehin enthaltenen Angaben auch das Ziel, der Zweck und die Dauer der Reise anzugeben.

Der Reisepaß wird nach allfälliger Beisetzung des Visums von der k. u. k. Stelle, bei der die Vidierung erbeten wurde, an die übersendende Stelle zurückgeschickt.

20.

Regelung des Brot- und Mehleverbrauches.

Auf Grund der M. G. G. Befehle Nr. 4322 und Nr. 14952 vom 7. und 8. März l. J. wird zur einheitlichen Regelung des Brot- und Mehleverbrauches angeordnet:

Mit der M. G. G. Verordnung N. 20053/15 wurde die Verbrauchsmenge an Brotfrucht mit 200 g. Mehl pro Kopf und Tag festgesetzt und überdies eine Surrogierung des Brotbackmehles bis zu 20% mit Kartoffelmehl, Kartoffelflocken oder gekochten Kartoffeln anbefohlen.

Diese Verordnung wird dahin ergänzt, dass überdies sofort 20% Gerstenmehl dem Brote beige-mischt werden.

Die Hälfte der Brotfrucht ist auf Vollmehl (mit 90 % Mehlausbeute), die Hälfte auf Schrotmehl (ohne Kleieabzug) zu verarbeiten.

Gleichzeitig wird den mehilverarbeitenden Gewerbetreibenden (Bäcker, Konditore, Teigwaren-erzeuger, Restaurationen etc.) verboten, Luxus- und Kleingebäck zu erzeugen und zu verkaufen.

Die Mühlen haben die Mahlvorschriften auf das genaueste einzuhalten und werden bei der geringsten diesbezüglichen Beanständung kurzerhand gesperrt werden.

Den Vollzug der Kundmachung, die mit dem Tage der Verlautbarung in Kraft tritt, haben die k. u. k. Gendarmerieposten, die Gemeindevorsteher und deren unterstellte Organe zu überwachen.

Jede Nichtbeachtung wird mit Geld-respektive Arreststrafen strenge geahndet

21.

Strafverfügung.

Anlässlich des in Klonow (Kreis Radom) vorgekommen Falles, daß die dortige Bevölkerung gelegentlich der Amtshandlung einer Gendarmeriepatrouille gegen letztere aggressiv vorging und die Verhaftung eines Landwirtes zu vereiteln suchte, hat das Kreiskommando Radom über die Ortschaft eine Strafe in der Höhe von 2000 Kronen verhängt. Die diesbezügliche amtliche Verlautbarung des Kreiskommandos in Radom lautet:

S t r a f v e r f ü g u n g:

„Am 7. Jänner 1916 haben sich die Einwohner des Dorfes Klonow und der Kolonie Klonow, Gemeinde Kuczki, anlässlich Verhaftung des Landwirtes Vinzens Mucha gegen eine k. u. k. Gendarmeriepatrouille des Gendarmeriepostenkommandos Kuczki gewalttätig dadurch benommen, daß sie die Verhaftung zu vereiteln versuchten und die Patrouille durch Werfen von Steinen, Latten, etc. tätlich angegriffen haben, wodurch letztere sich veranlaßt sah, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Da sich an diesem Gewaltakte sämtliche Einwohner des Dorfes und der Kolonie Klonow beteiligt haben, wurde der Ortschaft und der Kolonie Klonow eine Strafe in der Höhe von 2000 Kronen, welche zu Gunsten des Armenfondes verwendet werden wird, auferlegt.

Die Rätelsführer wurden verhaftet und dem Militärgerichte des k. u. k. Kreiskommandos zur strafgerichtlichen Verfolgung eingeliefert.“

22.

Verfolgung der boshaften Beschädigung oder Diebstahles an Befestigungsanlagen.

Das k. und k. Militärgeneralgouvernement hat mit Verordnung S. J. Nr. 8772/16 vom 28. Feber 1916 angeordnet, daß gegen Personen, die sich boshafter Beschädigungen oder Diebstähle an Befestigungsanlagen schuldig machen, unbedingt das strafgerichtliche Verfahren einzuleiten ist.

STECKBRIEFE UND AUSFORSCHUNGEN.

Nr. 848/16/ Ger.

Landsturm-Infanterist Peter **Chmura**, vom Stande der 2/498. Ldst. Etp. Komp., geboren im Jahre 1874 in Olesno Bez. Dąbrowa bei Tarnow, röm. kath., ledig, Arbeiter, spricht deutsch und polnisch, schreibt polnisch, Haare: schwarz, Augen: grünlich, Augenbrauen: schwarz, Nase, Mund, Kinn und Angesicht proportioniert, blasses Gesicht, vorne Glatzkopf, hat sich am 25. März 1916 eigenmächtig aus dem Kompagniebereiche in Piotrków entfernt und ist bis nun nicht zurückgekehrt.

Im Betretungsfalle verhaften und dem nächsten Militärgerichte einliefern.

Am 2 Feber 1916 wurde auf den Feldern des Dorfes Szydłówek, Kreis Kielce, eine weibliche Leiche mit sichtbaren Zeichen der Erwürgung vorgefunden. Die Leiche stellt ein 18—20 jähriges Mädchen, von jüdischem Typus dar.

Sie ist 158 cm. groß, hat kastanienbraune lockige Haare, graubraune Augen, Nase leicht gebogen, Mund klein, die Schneidezähne im Oberkiefer kariös. Die Leiche war folgendermassen gekleidet:

- 1) Am Kopfe ein buntgefärbtes Kopftuch, an allen 4 Seiten Fransen.
- 2) Grauer Mantel mit einem schwarzen, mit grünem Tuch gerändertem Kragen und mit ebensolchen Armeleinfassungen besetzt.
- 3) Schwarze Schürze.
- 4) Buntfarbige dunkle Bluse
- 5) Weisses Miederleibchen aus Leinwand, ziemlich defekt.
- 6) Blauer Überrock, der am Unterrande 3 buntfarbige Streifen hat.
- 7) Darunter ein zweiter alter Unterrock.
- 8) Weisses Hemd mit Spitzenbesatz, im Oberbrustteile Marke „A.C.“
- 9) Blauviolette Strümpfe und schwarze Schuhe.

Wenn das beschriebene Mädchen in einer Familie abgängig ist oder wenn jemand nähere Umstände über die Persönlichkeit dieses Mädchens abgeben kann, wird aufgefordert dies dem nächsten Gendarmerieposten oder dem Militärgerichte des k. u. k. Kreiskommandos in Kielce anzuzeigen und eventuell die Photographie beim genannten Gerichte zu fordern.

STECKBRIEFE UND AUSFORSCHUNGEN

Am 2. Februar 1904 wurde bei der Polizei des Plozker Kreises
eine Person, welche in der letzten Zeit in Plozkow
aufgetaucht ist, gesucht. Die Person ist ein Mann
von mittlerer Größe, dunkler Haut, braune Haare,
mit einem Bart. Er ist in der letzten Zeit in
Plozkow aufgetaucht und hat sich in der letzten
Zeit in Plozkow aufgetaucht. Er ist in der letzten
Zeit in Plozkow aufgetaucht und hat sich in der
letzten Zeit in Plozkow aufgetaucht.

Am 2. Februar 1904 wurde bei der Polizei des Plozker Kreises
eine Person, welche in der letzten Zeit in Plozkow
aufgetaucht ist, gesucht. Die Person ist ein Mann
von mittlerer Größe, dunkler Haut, braune Haare,
mit einem Bart. Er ist in der letzten Zeit in
Plozkow aufgetaucht und hat sich in der letzten
Zeit in Plozkow aufgetaucht. Er ist in der letzten
Zeit in Plozkow aufgetaucht und hat sich in der
letzten Zeit in Plozkow aufgetaucht.

Es wird demgemäß zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß eine strafgerichtliche Verfolgung der eingangs erwähnten strafbaren Handlungen in jedem Falle erfolgen wird und daß gemäß den bestehenden Standrechtsbestimmungen boshafte Beschädigungen an Befestigungsanlagen ohne Rücksicht auf den Betrag des Schadens, Diebstahl dagegen an solchen im Schadenbetrage von tausend Kronen jederzeit standrechtlich verfolgt werden.

Auch das unbefugte Aufhalten in den Befestigungsanlagen ist strafbar und wird mit Geldstrafe bis zu zweitausend Kronen oder Arrest bis zu sechs Monaten geahndet werden.

23.

Verbot der Erzeugung bestimmter Ledersorten, sowie des Zerschneidens halbfertigen und fertigen Leders vor dessen Freigabe durch die Lederübernahmsstelle.

I.

Vom Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Kundmachung dürfen die nachgenannten Gattungen von Rohhäuten und Fellen nicht mehr mineralisch gegerbt werden, und zwar:

1.) Kalbfelle— einschließlich Fresser und Pittlinge—deren „salzfrei vorgewogenes Gewicht“ mehr beträgt als

a) mit Kurzfuß und Kopf 4 kg

b) mit Kurzfuß ohne Kopf. 3½ „

Bei Kalbfellen mit Langfuß, Schweifbein oder Kopffleisch erheben sich diese Gewichtsgrenzen um je 0.20 kg für jede dieser Abarbeitungsarten.

Für getrocknete Kalbsfelle stellen sich die angeführten Gewichtsgrenzen um die Hälfte niedriger.

2.) Rindshäute einschließlich Stierhäute.

3.) Roßhäute.

II.

Zur Fertigstellung solchen mineralisch gegerbten Leders, aus den in 1. genannten Rohhäuten und Fellen, das sich am Tage des Inkrafttretens dieser Kundmachung bereits in der Erzeugung oder Ausarbeitung befindet, wird eine Frist bis zum 30. April 1916 gewährt. Nach diesem Tage dürfen daher auch zur Fertigstellung solchen Leders dienende Arbeiten nicht mehr vorgenommen werden.

III.

Die Erzeugung von Maschinenriemenleder darf vom Zeitpunkte des Inkrafttretens an, nur mit Bewilligung des Militär-General-Gouvernements erfolgen.

IV.

Roßhäute dürfen fernerhin nur zu lohwarem Brandsohlenleder und zwar nur in ganzen oder halben Häuten, verarbeitet werden.

V.

Schwarzes Oberleder vegetabilischer oder vegetabilischmineralischer Gerbung darf nach dem 10. April 1916 nicht mehr hergestellt werden.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Oberleder, das aus Kalbsfellen (einschließlich Fresser und Pittlinge) hergestellt wird, sofern das Gewicht der Felle die in I. Pkt 1, angeführten Gewichtsgrenzen nicht übersteigt.

VI.

Die Erzeugung von Sohlenleder aus Rindshäuten (auch Stierhäuten), von deren Blößen der Fleischteil (Spalt) ganz oder teilweise abgetrennt wurde, und der Verkauf solchen Leders ist verboten.

VII.

Das Zerschneiden von halbfertigem oder fertigem Leder aller Art aus Rinds-, Roß- und Kalbsfellen vor dessen Freigabe durch die k. und k. Lederübernahme-stelle ist verboten.

VIII.

Jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften dieser Kundmachung wird vom Kreiskommando mit Arreststrafen bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafen bis zu fünftausend Kronen geahndet.

Uebrigens kann die Sperrung solcher Betriebe, welche den vorerwähnten Vorschriften zuwiderhandeln, verfügt werden.

IX.

Diese Kundmachung tritt mit dem Tage ihrer Verlautbarung in Kraft.

24.

Maßnahmen gegen feindselige Haltung der Bevölkerung.

An

den Magistrat der Stadt Piotrków und alle Gemeindevorsteher im Kreise.

Trotz aller vom k. und k. Militärgeneralgouvernement, wie auch von den Kreiskommanden zur Bekämpfung feindseliger Regungen der Bevölkerung getroffenen Verfügungen ereignet es sich noch immer in manchen Kreisen, daß Militärpersonen, Patrouillen und Posten angegriffen und durch Anschläge aller Art gefährlich bedroht werden.

Die Gemeindevorsteher werden neuerdings zur Mitwirkung an der Verhinderung solcher Vorkommnisse und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufgefordert und haben mit allen Mitteln selbst dafür Sorge zu tragen, daß gemeingefährliche Individuen nicht geduldet, vielmehr aufgegriffen und der gerichtlichen Ahndung zugeführt werden.

Ueber jene Gemeinde, in der sich der Vorfall eines Angriffes auf Militärpersonen ereignen sollte, wo also der Aufenthalt eines solchen Verbrechers geduldet wurde, wird eine Geldstrafe verhängt werden.

Dieser Befehl ist weitestgehend zu verlautbaren.

25.

Falsche Fünfrubelnoten im Okkupationsgebiete.

Es ist das Vorkommen falscher Fünfrubelnoten in Russisch-Polen konstatiert worden.

Diese sind aus zwei dünnen Papierblättern zusammengeklebt, welche jedoch, wenn man sie zwischen zwei befeuchteten Fingern in entgegengesetzter Richtung andrückt, auseinandergehen. Die gefälschten Fünfrubelnoten kann man von echten auch dadurch unterscheiden, daß die Wasserzeichen auf befeuchtetem Notenpapier hervortreten.

Um die Bevölkerung vor Annahme solcher falschen Papiernoten zu bewahren, ist dieselbe in geeigneter Form aufmerksam zu machen.

Der k. u. k. Kreiskommandant:

Julius SCHNEIDER, m. p.,

Oberstleutnant.